Interview mit La Zurda: Chancen und Potenziale für die Organisierung der Jugend in Argentinien

von La Zurda (ISL), aus der REVOLUTION Zeitung, November 2026, 6-7 Minuten Lesezeit

La Zurda ist unsere Schwesterorganisation in Argentinien und wurde dieses Jahr gegründet. Mit diesem Interview wollen wir sie euch vorstellen!

REVO: Was ist die politische Situation in Argentinien?

La Zurda: Drei Jahre nach dem Machtantritt der extremen Rechten, der auf der tiefen Enttäuschung über das Scheitern des Progressivismus beruhte, befindet sich Milei in einer sehr schwierigen Lage. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Regierung ab, da sich die Lebensbedingungen verschlechtern – gekennzeichnet durch einen starken Rückgang der Arbeiter:inneneinkommen, eine hohe Arbeitslosenquote und Sparmaßnahmen sowie autoritäre und repressive Politik.

Javier Milei hat keine wirtschaftlichen Erfolge vorzuweisen. Aufgrund des Widerstands der Bevölkerung ist es ihm auch nicht gelungen, seinen Plan vollständig umzusetzen. Der Grund, warum er – noch – nicht gestürzt wird, ist die Unterstützung durch die reformistischen Parteien und deren Gewerkschaftsbürokratien, vor allem durch den Peronismus. Sie wollen um jeden Preis verhindern, dass ein Generalstreik oder große Straßenmobilisierungen der Regierung den Garaus machen. Milei wird zudem vom Trumpismus gestützt, der ihm den Zugang zu Krediten über den IWF erleichtert und ihm so eine Rettungsleine bietet.

Inmitten der Krise haben die revolutionäre Linke und ihre führenden Persönlichkeiten in den letzten Monaten in den Wahl- und Beliebtheitsumfragen an Boden gewonnen, begleitet von einer erheblichen und wachsenden Sympathie für unsere Ideen. Diese Anerkennung unserer makellosen Bilanz im Kampf gegen die extreme Rechte steht im Gegensatz zu einer "progressiven" Bewegung, die sich mit Milei gemein macht, nach rechts rückt und ihre Positionen abmildert, um der Bourgeoisie eine Alternative anzubieten, die den Kapitalismus aufrechterhalten kann. Dieses neue Phänomen bietet uns eine riesige Chance, unsere Partei aufzubauen.

Unterdessen findet der Klassenkampf seinen Ausdruck in Kämpfen gegen den Verkauf von Land an ausländisches Kapital und gegen Fabrikschließungen sowie für Lohnerhöhungen für Lehrkräfte, Beschäftigte im öffentlichen Dienst und im öffentlichen Gesundheitswesen. Er kommt auch in den Kämpfen von Menschen mit Behinderung, Rentner:innen, Schüler:innen, Studierenden und anderen Bevölkerungsgruppen zum Ausdruck.

REVO: Warum habt ihr euch dann entschieden La Zurda zu gründen?

La Zurda: Wir haben La Zurda ins Leben gerufen, um die Tausenden junger Schüler:innen und Studierender und Arbeiter:innen zusammenzubringen, die sich zunehmend nach links radikalisieren und landesweit an Kämpfen beteiligen: zur Verteidigung der öffentlichen Bildung, gegen die zunehmende Prekarität unseres Lebens, gegen jede Form der Unterdrückung, in sozialen und ökologischen Kämpfen sowie für aktive Solidarität mit den Kämpfen der Arbeiter:innen und unterdrückten Völker. Wir haben La Zurda gegründet, damit all diese Energie einen eigenen sozialistischen und internationalistischen Raum erhält. Wir wollen, dass diejenigen, die sich uns anschließen, von Anfang an über ein Programm und eine revolutionäre Strategie diskutieren, entscheiden können, was wir tun, und Verantwortung für deren Umsetzung übernehmen. Deshalb ist dieses Projekt mit dem Aufbau der Moviemento Socialista de los Trabajadores (MST) in Argentinien und der Internationalen Sozialistischen Liga (ISL) weltweit verbunden.

REVO: Was ist der Fokus eurer politischen Arbeit und eure feministische Praxis?

La Zurda: Wir organisieren uns hauptsächlich in Bildungseinrichtungen wie Universitäten, pädagogischen Hochschulen und Schulen. Wir beginnen damit, Studierende rund um ihre dringendsten Forderungen zu organisieren, wie zum Beispiel Zugang zu Stipendien und Fördermitteln, Fahrkarten für den Schüler:innen- und Studierendenverkehr, Verbesserungen der Infrastruktur und eine Aufstockung der Mittel, um nur einige zu nennen. Doch dabei bleiben wir nicht stehen: Wir verknüpfen diese Forderungen mit den politischen Kämpfen gegen die extreme Rechte und für eine politische Alternative der Arbeiter:innenklasse, die alle Probleme lösen kann, mit denen junge Menschen konfrontiert sind, wie prekäre Beschäftigungsverhältnisse und mangelnder Zugang zu Wohnraum. Wir gehen von konkreten Problemen aus, um das Bewusstsein für deren systemische Ursachen zu schärfen und aufzuzeigen, wie wir sie durch den Klassenkampf überwinden können.

Wir stellen uns vor allem den reformistischen politischen Apparaten entgegen, die vom Staat oder von bürgerlichen Parteien finanziert werden und die Studierenden verraten. Wir stellen uns auch sektiererischen oder rein propagandistischen Strömungen entgegen, die die Notwendigkeit eines pädagogischen Ansatzes nicht verstehen und nicht ernsthaft danach streben, um die Führung bedeutender Teile der Studierendenbewegung zu kämpfen. Die Chance ist riesig, da sowohl die extreme Rechte als auch die reformistische Opposition nacheinander bei der Regierungsführung des Landes versagt haben. Nun stehen sie vor internen Krisen, und Tausende junger Menschen suchen nach einer politischen Alternative, die über sie hinausgeht.

Wir sind sozialistische Feminist:innen und verbinden daher den Kampf der Frauen, für Geschlechtergerechtigkeit und der LGBT-Community mit dem antikapitalistischen Kampf. Wir beteiligen uns aktiv an der feministischen Bewegung und ihren Kämpfen, mit großem Engagement und indem wir unsere Positionen vertreten. Wir organisieren politische Fortbildungen innerhalb unserer Organisation, um uns weiterzubilden und Sexismus zu

bekämpfen. Wir lehnen den bürgerlichen Feminismus ab, der Klassenunterschiede leugnet; den radikalen Feminismus, der seinen Aktivismus auf die Ablehnung von Männern ausrichtet; und den identitätsbasierten Feminismus, der die Unterdrückten spaltet, indem er die strukturelle Ursache der Unterdrückung aufgrund von Hautfarbe, Geschlecht oder Klasse leugnet oder herunterspielt: das kapitalistische System.

REVO: Welchen Rat könnt ihr der Jugend geben, welche gerade in Deutschland und ganz Europa kämpft?

La Zurda: Wir würden euch sagen, was auch auf uns zutrifft: Nutzt jede Mobilisierung, um eine Organisation aufzubauen, die über diese konkrete Aktion hinaus Bestand hat. Eine Versammlung, die sich wieder trifft, die Koordination zwischen Studierenden und Arbeitenden oder eine gemeinsame Kampagne, an der junge Migrant:innen und im Land geborene junge Menschen beteiligt sind – all das kann die Bewegung stärken, in der wir uns im nächsten Kampf engagieren.

Wir verfolgen alles, was in Europa geschieht, mit großem Interesse und voller Erwartung, insbesondere die jungen Menschen an vorderster Front. Wir halten es für richtig, dafür zu kämpfen, den europäischen Streik am 20. November zu einem ersten Schritt hin zu einer kontinentalen und internationalen Koordination junger Menschen gegen das Kapital, seine Regierungen, seinen Unterdrückungsapparat und seine Bürokratien zu machen. Dies ist die Position, die von den Jugendorganisationen der ISL in Europa vertreten wird und die Teil unseres Internationalen Manifests der ISL-Jugend ist. Wir hoffen, dass die ISL und ihre Jugendorganisationen in ganz Europa und in Deutschland durch die Teilnahme an Mobilisierungen, Streikposten und Streiks stärker werden, indem sie neue Aktivist:innen organisieren.

REVO: Als letztes, was könnt ihr uns über euer

Sommercamp erzählen?

La Zurda: Wir wollen dieses intensive Jahr 2026 mit einer Großveranstaltung abrunden, die alle unsere Mitglieder und Unterstützer:innen zu intensiver politischer Bildung zusammenbringt. Natürlich wird es auch Zeit geben, sich kennenzulernen und Kampferfahrungen aus dem ganzen Land und der ganzen Welt auszutauschen. Unser Sommercamp am Jahresende fällt zudem mit dem jährlichen Präsenztreffen der ISL zusammen, das in Buenos Aires stattfinden wird, sodass wir von der Anwesenheit revolutionärer Führer:innen und Aktivist:innen aus allen Kontinenten profitieren können. Wir sollten das Sommercamp mit neuer Energie beenden, um uns allen politischen Herausforderungen des Jahres 2027 und den Aufgaben des Aufbaus von La Zurda, unserer Partei und der ISL zu stellen.

Antwort auf die politische Krise: Ab heute Generalstreik in Peru!

Von Jona Everdeen, Februar 2023

Heute kommt es in dem Andenland Peru zum Generalstreik, nicht zum eintägigen, wie wir es die letzten Monate in Frankreich, Belgien und Griechenland erlebt haben, sondern zum unbefristeten!

Durch soziale Massenproteste ist es gelungen die lange zögerliche Gewerkschaftsführung zu diesem Schritt zu bringen! Der Grund für diese Entwicklung: Die Absetzung des linkspopulistischen Präsidenten Pedro Castillo durch einen parlamentarischen Putsch. Aber mal von vorne, wie konnte das alles passieren?

Krisenjahre und Wahl von Pedro Castillo

Bei der Präsidentschaftswahl 2021 gelang überraschenderweise dem Außenseiter Pedro Castillo ein knapper Sieg. Der ehemalige Grundschullehrer, der sich im Lehrer_Innen-Streik 2017 als Streikführer einen Namen gemacht hatte, war angetreten für die kleine, eher linkspopulistische Partei „Peru Libre“.

Er konnte als Außenseiter vor allem deshalb gewinnen, weil in Peru das Vertrauen in die etablierte Politik durch etliche Korruptionsskandale sowie die politischen und ökonomischen Krisen der vergangenen Jahre sehr gering war. Die Zeit vor ihm war geprägt gewesen von ständigen Neuwahlen, abgesetzten Präsidenten und aufgelösten Parlamenten, dazu war es wirtschaftlich immer stärker bergab gegangen und der Sozialstaat hat sich praktisch aufgelöst.

Für Proletariat und ländliche Arme, vor allem aus Südperu, waren die Lasten der Krise so schwer geworden, dass die linkspopulistischen Versprechen des wortradikalen Castillo als einzige Lösung erschienen. Dazu kam auch noch der Aspekt der rassistischen Unterdrückung der indigenen Landbevölkerung, als deren Kandidat sich Castillo präsentiert.

Castillos Reformismus und der Parlamentsputsch

Als Castillo dann als Präsident gewählt und nach einem längeren Hickhack und der Anzweifelung der Wahl durch seine unterlegende Konkurrentin, die Diktatorentochter Keiko Fujimori, vereidigt war, zeigte sich jedoch, dass es mit seiner Radikalität nicht allzu weit her war und er selbst die versprochenen Reformforderungen nicht gegen die Bourgeoisie durchzusetzen gedachte.

So die Verstaatlichung der großen Bergbaubetriebe, vor allem im Kupferbergbau, die zu größten Teilen Konzernen aus imperialistischen Zentren gehören. Kurz nach seinem Amtsantritt reiste jedoch Castillo in die USA und machte dort klar, dass die Imperialist_Innen sich um ihr

Privateigentum an Produktionsmitteln auch unter ihm keine Sorgen zu machen brauchen und gerne mehr investieren sollten

Auch das größte Versprechen, die Ausarbeitung einer neuen Verfassung um die neoliberale von 1993, verfasst durch den Diktator Alberto Fujimori, zu ersetzen, wurde nur zaghaft angegangen und wäre, hätte die Entwicklung nicht Castillos Plänen einen Strich durch die Rechnung gemacht, wohl in einer ähnlichen Farce geendet wie zuvor im benachbarten Chile.

Doch es sollte anders kommen: Am 9. Dezember wurde Pedro Castillo vom Parlament für abgesetzt erklärt und durch die Polizei verhaftet. Noch am selben Tag wurde seine vorherige Vize-Präsidentin Dina Boluarte zur Präsidentin einer neuen „Regierung der nationalen Einheit“ bestehend aus ehemaligen Minister_Innen Castillos und rechten Parlamentsabgeordneten vereidigt.

Das Parlament, in dem rechte Kräfte noch immer die Mehrheit haben, war von Anfang an ein Problem für Castillo und er musste sämtliche etwas radikaleren Reformversprechen aufgeben. Dennoch hatte es zuvor schon zwei Versuche gegeben, Castillo aufgrund fingierter Vorwürfe abzusetzen, nun drohte ein dritter zu gelingen, weshalb Castillo kurzer Hand beschloss, das Heft selber in die Hand zu nehmen und seinerseits das Parlament aufzulösen und Neuwahlen zu veranlassen. In diesem Machtkampf standen jedoch Justiz wie Staatsgewalt (Polizei und Armee) auf Seite der Rechten, wodurch diese am längeren Hebel saßen und ihrerseits Castillo putschen konnten.

Massenprotest und Repressionen

Womit jedoch Dina Boluarte und ihre Regierung nicht gerechnet hatten, war die massive Protestbewegung derer, die ihre Hoffnungen in die Wahl von Castillo gesetzt hatten, die zwar zusehends von ihm enttäuscht waren, aber dennoch gegen den reaktionären Putsch und für Neuwahlen auf die Straße gingen, und zwar in Massen, wie es sie seit Jahrzehnten nicht gegeben hatte. Vor allem in den ländlichen Provinzen Südperus, doch auch in der Hauptstadt Lima schlossen sich ihnen die proletarischen und prekarisierten Massen, die

armen Jugendlichen und die Studierenden an. In mehreren Provinzen wurden Generalstreiks ausgerufen und durchgeführt, Flughäfen wurden besetzt, alle wichtigen Straße blockiert.

Die Gewalt mit der Boluartes Regime antwortete war brutal: So wurden die Demonstrierenden als Terrorist_Innen dargestellt, in fast allen Regionen der Ausnahmezustand ausgerufen, somit de facto der Polizeistaat eingeführt und von diesem dann auch Gebrauch gemacht. In Lima wurde eine von Studierenden besetzte Universität mit Panzerwagen gestürmt. Über 60 Menschen wurden inzwischen von der Polizei ermordet und Hunderte teils schwer verletzt, die meisten von ihnen durch Schüsse mit scharfer Munition.

Doch die Repression konnte die Massen nicht einschüchtern. Im Gegenteil, wie bereits zuvor gesehen in Ecuador und Kolumbien, sowie auch nach dem Mord an George Floyd in Minneapolis, wurden Polizeiwachen in Städten, in denen Menschen ermordet worden waren, in Brand gesteckt. Doch trotz der enormen Wut und dem großen Mut der peruanischen Massen gelang es bisher noch nicht die Putschregierung Boluartes zu Fall zu bringen oder zumindest Neuwahlen erreichen. Woran es fehlte, war eine zentrale Koordinierung der Aktionen. Außerdem verhielten sich einige Gewerkschaften, vor allem im zentralen Bergbausektor, bisher eher passiv und abwartend.

Perspektiven

Nun könnte sich diese Schwäche aufheben, da die Führung des zentralen Gewerkschaftsverbandes nun endlich den landesweiten unbefristeten Generalstreik für heute, den 9. Februar, ausgerufen hat!

Wichtig ist nun, dass sich diese auch tatsächlich alle, städtische wie ländliche Arme, Jugendliche, Studierende, ländliche Arbeiter:Innen sowie vor allem die in den Schlüsselsektoren, dem Bergbau, den Häfen und Flughäfen, anschließen!

Einhergehen muss dieser Generalstreik ebenfalls mit der Gründung von Streikräten in den Betrieben, Schulen, Unisversitäten und ländlichen

Kommunen, die auch den Widerstand gegen die von Boluarte und ihren Schergen ins Feld geführte Polizei durch Bildung von Arbeiter_Innen- und Bäuer_Innen-Milizen organisieren!

Diese müssen die Regierung Boluarte absetzen und durch eine provisorische Einheitsfrontregierung aller Arbeiter_Innen-Parteien ersetzen, die schnellstmöglich Neuwahlen und eine echte, demokratische verfassungsgebende Versammlung einberuft, die auf den zuvor geschaffenen Räten basiert.

Wir sind solidarisch mit den Arbeiter_Innen, den kämpfenden Jugendlichen und der ländlichen, meist indigenen, Bevölkerung in Peru! Daher fordern wir:

- Nieder mit der Boluarte-Regierung! Für die Auflösung des reaktionären korrupten Parlaments und Neuwahlen sowie eine echte verfassungsgebende Versammlung unter Kontrolle der Massen!
- Die Freilassung des demokratisch gewählten Präsidenten Pedro Castillo!
- Ein sofortiges Ende des Ausnahmezustands und der mörderischen Polizeigewalt!
- Schluss mit der Legitimierung der peruanischen Putschist_Innen durch westliche Sozialdemokrat_Innen wie die Podemos-Regierung in Spanien!
- Den sofortigen Stopp jeglicher Lieferungen von Materialien zur Aufstandsbekämpfung an die peruanische Regierung, sollte weiter geliefert werden, die Blockade dieser Lieferungen und Beschlagnahmung der Materialien durch Arbeiter_Innen der jeweiligen Länder!

Femizide – Frauenmorde international, Widerstand international

Jonathan Frühling, Revolution Deutschland, *Fight, Revolutionäre Frauenzeitung Nr. 8, März 2020*

Femizide

Der Begriff des Femizids (engl. femicide) wird
seit Beginn des 19. Jahrhunderts benutzt in Abgrenzung zum englischen Begriff
„homicide“ (Mord, Totschlag). Die feministische Soziologin Diana Russell definiert den Femizid als einen Mord an einer weiblichen Person durch einen Mann aufgrund der Tatsache, dass sie weiblich ist. Diese Definition schließt die Tötung von Kindern mit ein. Außerdem wird damit die geschlechterspezifische
Motivation der Morde verdeutlicht, die Frauen durch Männer widerfährt. Der Femizid stellt noch vor der Vergewaltigung die höchste Manifestation der Unterdrückung der Frau dar.

2017 wurden laut UNO 87.000 Frauen Opfer von Mord,
50.000 wurden dabei durch eigene Familienmitglieder oder den Partner getötet,
wobei 38 % dieser Morde auf den eigenen (Ex-)Partner entfallen.

Die meisten Femizide werden nicht bestraft, was an
dem limitierten Zugang von Frauen zu Gerichtsbarkeit und der benachteiligten
Stellung in polizeilicher Ermittlungsarbeit liegt. Allgemein ist die
statistische Lage zu Femiziden allerdings sehr schlecht, da in Mordstatistiken meist nicht einmal das Geschlecht, geschweige denn der Tötungsgrund erfasst

werden.

Gründe für Femizide

Der allgemeinste, auch in der bürgerlichen Gesellschaft anerkannte Grund für Femizide ist der Wille der Männer das Leben, den Körper und die Sexualität der Frauen zu kontrollieren. Versuchen sich Frauen, dem zu widersetzen, nehmen die Männer auch die Tötung der Frau in Kauf, um ihre Vormachtstellung zu erzwingen.

Die Morde an homosexuellen Frauen werden ebenfalls als Femizide bezeichnet. Eine weitere Form der Femizide sind die sogenannten Ehrenmorde. Dabei werden Frauen ermordet, weil sie z. B. vor der Ehe Sex hatten oder vergewaltigt wurden und somit aus der Sicht der Sexisten die „Ehre“ der Familie verletzt haben.

Femizide passieren aber auch, weil Frauen der Hexerei bezichtigt werden, was besonders im Südpazifikraum ein Problem darstellt. Vor allem in Südasien werden Frauen wiederum in Zusammenhang mit einer als zu gering angesehenen Mitgift getötet. Obwohl Mitgiften eigentlich allgemein z. B. in Indien verboten sind, ist es in vielen Ländern immer noch üblich, dass die Frau, um eine Ehe schließen zu können, teure Geschenke an die Familie des Mannes machen muss. Allein in Indien wurden zwischen 2007 und 2009 8.200 Mitgiftmorde registriert.

Zudem sterben Frauen an erzwungener Abtreibung, erzwungener Mutterschaft, Genitalverstümmelung oder Sexsklaverei. Diese Tötungen müssen laut Diana Russell ebenfalls als Femizide bezeichnet werden.

Ein dem Femizid ähnliches Phänomen ist die gezielte Abtreibung von Mädchen, welche vor allem in Südchina und Indien Anwendung findet. Es wird dabei weiblichen Menschen grundsätzlich das Recht auf Leben verwehrt. Da die pränatale Geschlechtsbestimmung für viele arme Familien nicht zugänglich ist, werden viele weibliche Säuglinge direkt nach der Geburt ermordet. In diesem Fall kann ganz klar von einem Femizid gesprochen werden.

Situation in Lateinamerika

Unter den 25 Ländern mit der höchsten Femizidrate befinden sich 14 lateinamerikanische. Jeden Tag werden dort 12 Frauen Opfer von Femiziden. Besonders schlimm ist die Lage in Mittelamerika. Die Folge davon war nach öffentlichem Druck die Einführung der rechtlichen Kategorie des Mordes mit geschlechterspezifischen Gründen.

Sieben Länder mit der höchsten Femizidrate befinden sich in Europa, drei in Asien und nur eins in Afrika. Das beweist, dass Frauenmorde auch in der sogenannten westlichen Welt ein weitverbreitetes Problem darstellen. In Europa wird jedes Jahr jede 250.000 Frau Opfer eines Femizids.

Situation in Deutschland und Österreich

Deutschland hat die Definition von Femiziden der WHO nicht übernommen und kennt den Femizid als Straftatbestand nicht. In

Deutschland gab es von 2012–2017 laut polizeilicher Kriminalstatistik (PKS) 849
Morde von Frauen in (Ex-)Partnerschaften und 1212 versuchte Tötungen. Die Statistiken über Gewalt gegen Frauen sind allerdings unzureichend. Ob es sich
dabei wirklich um Femizide handelt, ist z. B. unbekannt, da die Tatmotive nicht erfasst werden. Deutschland hat bisher auch die Istanbul-Konvention (Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt),
die Staaten europaweit zum Kampf gegen Gewalt gegen Frauen verpflichtet, nicht
unterzeichnet, sondern 2017 lediglich ratifiziert. Diese Konvention forderte unter anderem, eine Kommission einzurichten, die Daten zur Gewalt gegen Frauen
zu erfassen, zu bewerten und zu verbreiten.

Österreich hat europaweit die höchste Rate von
Femiziden (41 in 2018). Ein Grund dafür könnte in der massiven Bagatellisierung
der Gewalt gegen Frauen durch die Justiz liegen. Einschüchterung, Misshandlung,
Bedrohung und sexuelle Gewalt gehen dem Femizid meistens voraus. Die Täter
planen zumeist ihre Tat und sprechen Morddrohungen aus. Wird dies nicht ernst
und werden die potentiellen Täter nicht in Untersuchungshaft genommen, sondern
z. B. nach einer Trennung auf freien Fuß gesetzt, besteht für Frauen eine enorme Gefahr. Wie schlimm die Lage ist, zeigt sich auch daran, dass nur 10 % der gewalttätigen Männer nach der Anzeige durch eine Frau verurteilt werden.

Die Bewegung „Ni Una

Menos“

Als Reaktion auf einen Femizid in Argentinien wurde 2015 das Kollektiv „Ni Una Menos“ (Nicht eine weniger), bestehend aus Journalistinnen, Künstlerinnen und Aktivist_Innen, gegründet. Unter dieser Parole sind am 3. Juni 2015 Hunderttausende gegen Femizide auf die Straße gegangen. Die Bewegung wurde in der Folgezeit in einer Vielzahl von Ländern adoptiert, vor allem in Lateinamerika (z. B. Chile, Peru, Mexiko), aber auch in Spanien oder Italien. Wie mächtig diese Bewegung ist, zeigt z. B., dass die „Ni Una Menos“-Demonstration in Peru am 13. August 2016 die größte in der Geschichte dieses Landes war. Am 19. Oktober 2016 gab es den ersten massenhaften Frauenstreik, der 8 Länder Lateinamerikas umfasste. Die Bewegung sprengt schaffte es also, nationale Grenzen zu sprengen.

Am 20. Dezember 2019 beteiligten sich in 200 Städten über die ganze Welt verteilt vor allem Frauen an Flashmobs und Demonstrationen gegen Frauenmorde und sogenannte „Rapeculture“.[1] Besonders brisant ist dabei, dass die Proteste maßgeblich von Chile ausgehen, wo die Frauenkampfbewegung im Rahmen mächtiger Proteste gegen die neoliberale Regierung stattfindet. Es kann dort eindrucksvoll beobachtet werden, wie sich verschiedene Bewegungen z. B. gegen Sexismus, Umweltzerstörung und Neoliberalismus zu einer Bewegung für eine bessere Gesellschaft vereinen.

Perspektive im Kampf gegen Femizide

Wie die mächtigen Frauenkampfbewegungen in Spanien und Lateinamerika gezeigt haben, ist es möglich, Fortschritte zu erkämpfen.

So
hat z. B. Spanien 2010 damit begonnen, Statistiken zu Femiziden zu führen, was das Bewusstsein für das Problem gesteigert hat. In 16 lateinamerikanischen
Ländern wurde der Femizid als Straftatbestand oder als strafverschärfendes Merkmal aufgenommen, was auch zu einer Erfassung der Aburteilungsquote führte.

Prävention und direkte Hilfe müssen natürlich
massiv ausgebaut werden. Eine feministische Bewegung muss gegen den eklatanten
Mangel an Frauenhausplätzen ankämpfen. In Deutschland müssten laut der Istanbuler-Konvention 21.400 Betten in Frauenhäusern verfügbar sein. Momentan
gibt es nur 6.800, weswegen Frauen oft wieder zu ihren gewalttätigen Partnern
geschickt werden. Auch eine ordentliche gesundheitliche und psychische Betreuung, Vermittlung in Jobs, ein höheres Arbeitslosengeld oder die konsequentere Eintreibung von Unterhaltszahlungen sind wichtige Forderungen.
Sie können Frauen helfen und motivieren sich von einem gewalttätigen Partner zu
trennen.

Dies kann natürlich im Kampf gegen Femizide nur
der Anfang sein. Letztlich müssen vor allem die Macho-Kultur und das Patriarchat
angegriffen werden, um der Unterdrückung der Frauen als Ganzes zu begegnen. Die
„Ni Una Menos“-Bewegung in Lateinamerika oder der heroische Kampf der argentinischen Frauen für bessere Abtreibungsrechte können als glänzende Beispiele dienen. Diese Bewegungen müssen verstetigt und ausgeweitet werden,
wenn sie dauerhaft eine Wirkung haben wollen. Entscheidend ist aber auch, dass

sie sich mit den Bewegungen der landlosen Bauern und Bäuerinnen oder der Arbeiter_Innenklasse verbinden. Was wir brauchen, ist eine vereinte Bewegung
gegen den Kapitalismus. Die bürgerliche Gesellschaft basiert nämlich auf der Familie und diese wiederum auf der Ausbeutung und Unterdrückung der Frau. Nur
wenn der bürgerlichen Familie ihre kapitalistische Grundlage entzogen wird, kann
eine Bewegung gegen Femizide erfolgreich sein.

Für Marxist_Innen stellen Femizide nur die Spitze
des Eisbergs der Frauenunterdrückung dar. Der „Wille“ der Frauenmörder und
–vergewaltiger basiert also auf den Jahrtausende alten gesellschaftlichen Mechanismen,
die wir an anderer Stelle in dieser Zeitung charakterisiert haben. Nur der Umsturz der Klassengesellschaft und die Errichtung einer klassenlosen können
den Rahmen für das Ausrotten dieser Umtriebe bilden.

Ein Programm dafür kann sich nicht auf bürgerliche
Polizei, Justiz und Staat verlassen. Die Familie muss in einer höheren Form des
sozialen reproduktiven Zusammenlebens aufgehoben werden. Deshalb fordern wir
die Sozialisierung der Reproduktionssphäre, beginnend mit der unbezahlten Haus-
und Sorgearbeit. Dafür brauchen wir eine neue revolutionäre 5. ArbeiterInneninternationale und eine kommunistische als Bestandteil einer allgemeinen proletarischen Frauenbewegung. Die Bewegung in Lateinamerika wirft
diese Frage auf, stellt ein ideales Terrain dar, auf dem dieses Programm fruchtbar werden kann. Eine reine Vernetzung, ein Zusammentreffen mit anderen
sozialen Bewegungen löst sie aber nicht von allein, solange die

Unterdrückten
noch von einem nichtkommunistischen Bewusstsein geprägt bleiben.

In der Logik der Sozialisierung der Hausarbeit
liegen Forderungen wie nach Unterhaltszahlungen durch den Staat statt durch die
Expartner, die oft genug eine andere Familie unterhalten müssen, was für Lohnabhängige unmöglich macht, auch noch ihre ehemalige finanziell zu versorgen. Diese müssen mit einer Progressivsteuer auf Besitz, Vermögen und
Erbschaften verknüpft werden, die die Reichen zur Kasse für die Finanzierung
dieser gesellschaftlichen statt familiär-privaten Aufgabe – wie im Kapitalismus
– bittet. Das Gleiche trifft auf Frauenhäuser zu. Diese sollten zudem unter Kontrolle der Nutzerinnen und der Arbeiter_Innenbewegung gestellt werden. Zum
Schutz gegen gewalttätige Übergriffe muss letztere sich für staatlich finanzierte Selbstverteidigungskurse für Frauen einsetzen.

In diese Übergangslogik, die die Hand auf den
Reichtum der Herrschenden legt und die Klasse zur Kontrolle des sozialen Geschehens und zur Selbstverteidigung auffordert, können solche Teilforderungen
eingereiht zum Sprungbrett für den Kampf um Sozialismus und Arbeiter_Innenmacht
geraten und kann damit der Anfang vom Ende des männlichen Chauvinismus eingeleitet werden.

1 Mit dem Begriffe „Rapeculture“ wird kritisch
darauf hingewiesen, dass Vergewaltigungen faktisch überall auf der Welt grausame Normalität sind (und fast immer straffrei bleiben).

https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/040/1904059.pdf

http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/100/1910062.pdf

http://www.oas.org/es/mesecvi/docs/DeclaracionFemicidio-EN.pdf

https://www.ohchr.org/Documents/Issues/Women/WRGS/OnePagers/Gender_motivated_killings.pdf

https://www.tagesschau.de/inland/frauenhaeuser-103.html

https://www.aljazeera.com/news/2019/12/chile-rapist-path-chant-hits-200-cities-map-191220200017666.html